



W L P - NACHRICHTEN

Mitgliederzeitschrift des Wiener Landesverbandes für Psychotherapie

VERBANDSPOLITIK

- **WLP** Ordentliche Landesversammlung 1994 Seite 2
- Vorstand Seite 3
- Geldfragen Seite 3
- **ÖBVP** Neue Grundlagen für ein Jahr des Überganges Seite 4
- Auf dem Weg zur Psychotherapeuten-Kammer? Seite 4

INTERESSENVERTRETUNG

- **Achtung Fußangel**
Psychotherapie und Krankenkasse Seite 5
- **Die 2. Übergangsregelung**
PsychotherapeutInnen in Ausbildung Seite 6
- **Gleich - Gleicher - am Gleichsten**
Psychotherapie und Gesundheitspolitik Seite 6

WLP-AKTUELL

- **Zwei Drittel der Wiener PsychotherapeutInnen sind Frauen** Seite 9
- **WLP-Studie zur Situation der Psychotherapie in Wien - 2. Teil** Seite 10
- **Informationsstelle für Psychotherapie** Seite 13
- **Wege zum Menschen in der VHS Urania** Seite 13
- **Störfaktor Psychotherapie? Podiumsdiskussion Jänner 1994** Seite 14
- **Body & Soul - Einladung** Seite 14
- **WLP-Regionaltreffen** Seite 15
- **Leserbrief zur ÖBVP-Generalversammlung** Seite 15
- **Kurzinfos** Seite 16

WLP-LANDESVERSAMMLUNG

Der WLP-Vorstand beruft für

Samstag, den 5. März 1994

14.30 - 17.00 Uhr

Ort: Neues AKH, HS A, Wien

die **Ordentliche Landesversammlung** des **WLP** ein.

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung
2. Feststellung der Beschlußfähigkeit
3. Genehmigung der Tagesordnung
4. Bericht des WLP-Vorstandes
Berichte aus den Arbeitsgruppen
5. Bericht des Kassiers
6. Bericht der RechnungsprüferInnen
7. Entlastung des Vorstandes
8. Neuwahl des Vorstandes und
Bestellung der RechnungsprüferInnen
9. Anträge und Beschlüsse
10. Budget und Vorhaben für 1994
11. Allfälliges

■ Beschlüßanträge müssen 10 Tage vorher, d.h. bis spätestens am 23.2.1994 schriftlich beim WLP-Vorstand in 1010 Wien, Rosenbursenstr. 8/3/7 eingelangt sein.

■ Personelle Vorschläge für den nächsten WLP-Vorstand sollten 3 Wochen vorher, d.h. bis 12.2.1994 schriftlich den Vorstand erreichen.

■ Die Landesversammlung findet am gleichen Tag und Ort wie das EAP Symposium "Angst in/um/vor Europa" statt.

■ Alle, die an einer Kinderbetreuung interessiert sind, bitten wir, sich bis 22.2. im Sekretariat mit Angaben über Anzahl und Alter der Kinder zu melden: Wir sind sehr bemüht, eine Studentin zur Betreuung zu finden, würden uns aber über jede diesbezügliche Hilfe freuen.

WLP-VORSTAND

Vom derzeitigen Vorstand stellen sich weiter zur Verfügung:

■ Dr. Gerhard Stemberger (Jg. 1947), Soziologe, Psychotherapeut in der AK; Methode: Gestalttherapie/ Gestalttheoretische Psychotherapie (ÖAGP)

■ DSA Ingrid Farag (Jg. 1952), Sozialarbeiterin, Psychotherapeutin in freier Praxis; Methoden: systemische Familientherapie, Psychodrama (ÖAGG), Hypnose (MEGA)

■ Dr. Klaus Vavrik (Jg. 1961), Ausbildung zum Facharzt für Kinderheilkunde, Psychotherapeut; Methoden: Individualpsychologie (IP), Katathymes Bilderleben (ÖGATAP)

■ Dr. Hilde Stieglitz (Jg.1940), Ärztin, Psychotherapeutin in freier Praxis; Methoden: Psychoanalyse, analytische Gruppenarbeit, Autogenes Training, Hypnose (ÖGATAP)

■ Andreas Maurer (Jg. 1956), Musik- und Bewegungspädagoge, Psychotherapeut in freier Praxis, Methode: klientenzentrierte Gesprächspsychotherapie (ÖGWG)

■ Dr. Wolfgang Wladika (Jg. 1958), Ausbildung zum Facharzt für Kinderheilkunde, Psychotherapeut in Ausbildung; Methode: Gestalttherapie (ÖAGG)

GELDFRAGEN

War das denn notwendig?

Sie ist vorbei, die Generalversammlung des ÖBVP; ihre inhaltlichen Ergebnisse sind in Gerhard Stembergers Beitrag nachzulesen; manchen wird aber zunächst eine konkrete Auswirkung auffallen, nämlich eine Mitgliedsbeitragsserhöhung auf nunmehr S 3600,-. (Für Pth. i. A. gab es keine Beitragserhöhung (S 1500,- Jahresbeitrag), darüberhinaus wurde für diese Gruppe die einmalige Beitrittsgebühr gestrichen. Die Ausbildungsvereine tragen die Erhöhung mit.)

Dem vorausgegangen ist eine zweimonatige Diskussion um eine inhaltliche Neupositionierung in der Frage der Arbeitsaufteilung zwischen Bund und Ländern. Ergebnis: werden einerseits eine halbwegs wirksame Zentrale in Politik und Verwaltung und andererseits autonome Ländervertretungen gewünscht, so zeigte sich auch bei klarer Aufgabenbeschreibung und Einschränkung von Funktionsbezügen auf Bundesebene, daß das Gesamtbudget unterdotiert bliebe. (Bei der Landesversammlung gebe ich gerne Auskunft über konkrete Zahlen).

Aus dieser Einsicht heraus konnte auf Länderebene noch am 29.1. der Kompromiß gefunden werden, daß eine Erhöhung der Beiträge beantragt wird, diese allerdings in vollem Umfang den Ländervertretungen zugute kommt. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit der anwesenden Einzelmitglieder dann im Rahmen der Generalversammlung angenommen.

Für Wien bedeutet das, daß die Arbeit wie beabsichtigt weitergeführt werden kann und ein erster Schritt zu einer wenn auch äußerst mäßigen Entschädigung für LänderfunktionärInnen getan ist.

SIND WEITERE ERHÖHUNGEN GEPLANT?

Längerfristige Möglichkeiten zur Budgetsicherung: einerseits ein intensives Bemühen um neue Mitglieder: hier sind wir auf eine positive Haltung der jetzigen Mitglieder gegenüber potentiellen Neuzugängen mit angewiesen: je informierter und überzeugter Sie von der Tätigkeit Ihrer Berufsvertretung sind, desto eher können im Gedankenaustausch bisher Abwartende von der Sinnhaftigkeit eines Beitritts überzeugt werden: nicht zuletzt mit dem Argument, daß derzeit die Hälfte der eingetragenen PsychotherapeutInnen die gesamte Budgetlast trägt und Leistungen des Verbandes indirekt allen zugute kommen.

Andererseits werden aber verstärkt Überlegungen laut, über eine Körperschaft öffentlichen Rechts, wie immer diese dann aussehen mag, alle Kollegen und Kolleginnen in ihre finanzielle Pflicht zu nehmen. (Siehe dazu ausführlicher G. Stembergers Kommentar in dieser Ausgabe).

Dies auch unter dem Gesichtspunkt, daß das beschlossene Budget 1994 dezidiert ein Übergangsbudget ist, und der Bundesbedarf eher bei 10 Millionen als bei den derzeitigen 7 Millionen Schilling liegt. Das bedeutet nicht eine schon feststehende weitere Beitragserhöhung, sondern heißt, daß auch weiterhin ein großer Teil der Arbeit, auch im Bundespräsidium, ehrenamtlich erledigt wird.

Die Aufgabe des Wiener Landesvorstandes ist es, seine Mitglieder immer wieder über erbrachte und laufende Leistungen und Tätigkeiten zu informieren. Das geschieht über die WLP-Nachrichten (siehe Ausgabe 1/94), über und in diversen Veranstaltungen und nicht zuletzt bei der Landesversammlung am 5.3.94.

Walter Kabelka (Geschäftsführer WLP)

NEUE GRUNDLAGEN FÜR EIN JAHR DES ÜBERGANGES

3. ordentliche ÖBVP-Generalversammlung in Linz

Die 3. ordentliche Generalversammlung in Linz am 29.1.1994 hat in konstruktiver Weise die anstehenden Probleme in der Entwicklung des ÖBVP diskutiert und einige Entscheidungen getroffen, die neue Grundlagen für das heurige Jahr schaffen. Schon diese Entscheidungen sind vom notwendigen Übergang zu einer wesentlich stärker auf die Arbeit der Landesverbände gestützten Struktur und Verteilung der Mittel und der wesentlich stärkeren Betonung der berufspolitischen Interessenvertretung der im ÖBVP organisierten PsychotherapeutInnen geprägt.

Das Protokoll der Generalversammlung wird in nächster Zeit allen Mitgliedern zugehen. Hier nur in Kürze die wichtigsten Entscheidungen:

1. Zur Hervorhebung der Aufgabe der berufspolitischen Interessenvertretung wurde eine **Prioritäten-Liste** der sechs wichtigsten Aufgaben aus der Auflistung im ÖBVP-Infofolder beschlossen, an deren erster Stelle: die "Vertretung gemeinsamer beruflicher, wirtschaftlicher und sozialer Interessen der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten und jener in Ausbildung".

2. Mit großer Mehrheit wurde ein **Budgetvorschlag** beschlossen, den im Vorfeld der Generalversammlung die Länderkonferenz ausgearbeitet hatte: Dieser sieht eine starke Umverteilung der ÖBVP-Mittel zu den Landesverbänden vor, eine verbesserte Finanzierung der Landesverbände über eine Anhebung der Mitgliedsbeiträge für eingetragene PsychotherapeutInnen und Mitgliedsvereine (bei gleichzeitiger Abschaffung der Beitrittsgebühr für Pth. i. A.), sowie

eine deutliche Reduktion der Aufwendungen auf der Ebene der Bundeszentrale, insbesondere bei den Präsidiumsentschädigungen. (Siehe dazu die entsprechenden Beiträge in dieser Ausgabe der WLP-Nachrichten.)

3. Bei der **Neuwahl des Präsidiums** erhielt eine Liste mit den folgenden fünf Personen die Mehrheit: Alfred PRITZ, Renate PATERA, Friedrich FEHLINGER, Heiner BARTUSKA, Hermann RADLER. Alfred PRITZ bleibt damit ÖBVP-Präsident, die Kassiersfunktion wird im neuen Präsidium von Friedrich FEHLINGER wahrgenommen.

4. Alle vorliegenden Anträge zu Statutenänderungen und sonstigen Entscheidungen über eine strukturelle Reform des ÖBVP wurden auf eine für Oktober 1994 beschlossene **außerordentliche Generalversammlung** verwiesen. Die OE-Kommission des ÖBVP und andere Gremien und Arbeitsgruppen des ÖBVP werden diese a.o. GV und damit die anstehenden Reformvorhaben im weiteren Aufbau des ÖBVP gründlich vorbereiten.

Aus Sicht des WLP-Vorstandes, der ja - wie den letzten WLP-Nachrichten zu entnehmen ist - die in diesen Beschlüssen zum Tragen kommende Linie vertreten und wesentlichen Anteil an der Vorbereitung der GV in diesem Sinn genommen hat, sind diese Ergebnisse sehr zufriedenstellend; sie werden den Anforderungen und Möglichkeiten in der gegenwärtigen Situation gerecht und bieten gute Chancen für die Bewältigung der anstehenden Aufgaben.

Dr. Gerhard Stemberger (WLP-Vorsitzender)

AUF DEM WEG ZUR PSYCHOTHERAPEUTEN-KAMMER?

Kommentar zu den Finanzbeschlüssen der 3.o.GV:

Im Hintergrund der Finanzbeschlüsse der ÖBVP-Generalversammlung - Beitragserhöhung, Umverteilung der Finanzen zu den Landesverbänden etc. - und der ihnen vorausgegangenen Auseinandersetzungen im ÖBVP steht eine grundsätzliche Frage, die schon einmal beantwortet schien, auf Grund der Entwicklung nun aber wieder neu gestellt wird: Kann eine wirksame Berufsvertretung der PsychotherapeutInnen in Form eines **freiwilligen Verbandes** aufgebaut werden oder soll/muß in einer Berufsvertretung mit **Pflichtmitgliedschaft** Zuflucht gesucht werden?

Im Psychotherapiegesetz wurde diese Frage noch so beantwortet, daß auf die in vergleichbaren Berufsgruppen übliche Kammerlösung verzichtet wurde. Ein neuer Weg sollte gegangen werden, nicht zuletzt wohl wegen der zunehmenden Kritik in anderen Bereichen an Pflichtmitgliedschaften in Interessenvertretungen. Nach etwa zwei Jahren ÖBVP stellt sich die Bilanz nun so dar:

Etwa die Hälfte der eingetragenen PsychotherapeutInnen sind Mitglieder des Verbandes

und finanzieren mit ihren Beiträgen seine Tätigkeit. Was dabei dem Einzelnen als hoher Mitgliedsbeitrag erscheinen mag, deckt nicht einmal annähernd die Kosten, die für eine halbwegs effektive Arbeit notwendig ist. Die seither erbrachte Aufbauleistung kam überhaupt nur zustande, weil einige Dutzend engagierter Mitglieder vor allem auf Landesverbandsebene bereit waren, tausende unbezahlter Arbeitsstunden dafür zu erbringen. In vielen Landesverbänden mußten die LandesverbandsfunktionärInnen sogar noch ihre Ausgaben (Reisespesen, Telefon etc.) aus der eigenen Tasche zuschießen. Auch bei allen möglichen und zweckmäßigen Einsparungen auf den verschiedenen Ebenen bleibt die Tatsache bestehen, daß insgesamt einfach zu wenig Geld vorhanden ist. Um diese zu kurze Decke stritten sich nun ein Jahr lang Bund und Länder. Die nunmehrigen Entscheidungen machen die Decke etwas länger und verteilen die Not etwas **gleichmäßiger** - eine dauerhafte Lösung sind sie sicherlich noch nicht. Weiterhin wird der Großteil der auf Landesebene und nunmehr z.T. auch auf Bundesebene zu leistenden Arbeit ohne finanzielle Abgeltung zu leisten sein. Wie lange das bei allem Engagement der Beteiligten noch gehen wird und wie professionell und wirksam unter diesen Umständen gearbeitet werden kann, ist sehr die Frage.

Auf der anderen Seite haben wir die Nicht-Mitglieder unter den PsychotherapeutInnen, denen die Arbeit des Verbandes voll zugutekommt, ohne daß sie zumindest ihren finanziellen Beitrag dazu leisten. Wären alle Mitglieder, ergäben schon die alten Mitgliedsbeiträge eine in bescheidenem Rahmen ausreichende finanzielle Grundlage für den Aufbau der Berufsvertretung. Da dem aber nicht so ist, droht sich eine **Negativ-Spirale** in Gang zu setzen: Zu wenig Geld - schwache Leistungen - weniger Mitglieder - noch weniger Geld - noch weniger Leistungen etc. etc.

Die jetzt beschlossenen Beitragserhöhungen stellen demgegenüber zwar eine vorübergehende Linderung

des Problems dar, die Fortschreibung dieser Linie ist aber aus naheliegenden Gründen auch äußerst problematisch. Werden die Beiträge zu hoch, wird der Anreiz des kostenlosen "Trittbrettfahrens" eben auch höher - Folge wie oben.

Vor diesem Hintergrund wurden nun auf der Generalversammlung Überlegungen angesprochen, doch einen Ausweg in einer Organisation mit Pflichtmitgliedschaft zu suchen, in der alle bezahlen, was auch allen zugutekommt. Konkret wurde über Diskussionen im und mit dem Ministerium berichtet, ob nicht bestimmte derzeit dem Ministerium übertragene Aufgaben (wie z.B. die Führung der Psychotherapeutenliste) einer neuzuschaffenden **Körperschaft öffentlichen Rechts** übertragen werden sollten (entweder eine Psychotherapeutenkammer oder eine ÖH-ähnliche Konstruktion), an die alle Mitglieder des Berufsstandes ihren Beitrag zu leisten hätten. Eine solche Neuerung bedürfte natürlich einer entsprechenden gesetzlichen Regelung, würde also - sollte sie angestrebt werden - sicherlich noch beträchtliche Zeit brauchen.

Der WLP-Vorstand steht diesen Überlegungen derzeit sehr skeptisch gegenüber, muß zugleich aber eingestehen, daß ihm über die laufenden Bemühungen, den Verband durch gute Arbeit für mehr Mitglieder attraktiv zu machen und zugleich möglichst viele Mitglieder zur ehrenamtlichen Mitarbeit zu animieren, auch noch nichts zur Lösung des längerfristigen Problems eingefallen ist. Ob dies allein reichen wird, ist sehr schwer abzuschätzen.

Ich möchte daher alle Mitglieder herzlich dazu einladen, uns ihre Meinung und Vorschläge zu dieser Frage mitzuteilen, damit wir alle unsere Chancen wahren können, möglichst viel von der zukünftigen Entwicklung noch selbst zu bestimmen.

*Dr. Gerhard Stemberger
WLP-Vorsitzender*

ACHTUNG FUSSANGEL

Psychotherapie und Krankenkasse

Zu unserem Beitrag in den letzten WLP-Nachrichten 1/94 zum Thema Berichtsansforderungen durch die Krankenkassen haben wir verschiedenen Mitteilungen erhalten, daß nun auch die WGKK in einigen Fällen solche Berichte eingefordert hat. Bitte halten Sie uns über derartige Vorkommnisse auf dem Laufenden und beachten Sie die Hinweise im genannten Beitrag - der dort zitierte Brief von Minister Hesoun hält ausdrücklich fest, daß für solche Berichtsansforderungen keine gesetzliche Grundlage besteht. Sofern Sie überhaupt auf solche Anforderungen reagieren wollen, beschränken Sie sich bitte auf den Hinweis, daß Ihr/e

Patient/in "weiterhin behandlungsbedürftig im Sinne des ASVG ist (Diagnose ist ohnehin auf der Honorarnote vermerkt) und allenfalls, wie lange Ihrer unverbindlichen Einschätzung nach die Therapie noch fortgeführt werden muß. Wir werden in den nächsten Tagen ein klärendes Gespräch mit der WGKK anstreben und Sie weiter informieren.

*Dr. Gerhard Stemberger
WLP-Vorsitzender*

PSYCHOTHERAPEUTINNEN IN AUSBILDUNG

Die 2. Übergangsregelung

Die 2. Übergangsregelung nimmt langsam, 8 Monate nachdem sie in Kraft getreten ist, konkretere Formen an. Derzeit erstellen die Ausbildungsvereine in Zusammenarbeit mit den jeweiligen VertreterInnen der Pth. i. A. ihre Vorschläge über die Zusammenstellung der vom Beirat als Rahmen vorgegebenen 1900 Stunden als Mindestanforderung. Dabei wird den einzelnen Schwerpunkten (Selbsterfahrung, Theorie, Praxis und deren Supervision, Praktikum und deren Supervision, vertiefter Ausbildungsschritt) in den Vereinen aufgrund der bisherigen Curricula unterschiedliche Gewichtung beigegeben.

Nach den derzeitigen Erkenntnissen liegt der Mehraufwand der 2. Übergangsregelung vor allem in der Durchführung des Praktikums und dem erheblichen Zuwachs an Praxisstunden. Jedoch ist die zuständige Arbeitsgruppe des Beirates sehr bemüht, moderate Lösungen für die Pth. i. A. zu finden. Gerade im Bereich des Praktikums wird eine Formulierung diskutiert, die den Gegebenheiten der früheren Jahre, in denen es noch keine gesetzlich anerkannten PsychotherapeutInnen gab, gerecht wird, und auch spezielle Berufserfahrungen berücksichtigt, die im jetzigen Gesetzestext nicht vorgesehen sind. Ich werde Sie an dieser Stelle umgehend darüber informieren, sobald dies im Beirat (bis spätestens Mitte März) beschlossen wird.

Die schwierige Frage der Frist (Abschluß bis Ende 1997) ist im Beirat auch schon ausführlich diskutiert worden. Es herrscht Übereinstimmung, daß der gesetzlich vorgeschriebene Zeitrahmen deutlich zu kurz ist. Derzeit werden von verschiedenen Seiten mögliche Schritte juristisch geprüft. Das Problem liegt hier in der Natur der Sache, d. h. es handelt sich um ein Gesetz, das nur über parlamentarischem Weg veränderbar ist. Angebote diesen Weg erst kurz vor Ende der Frist zu beschreiten, lehne ich grundsätzlich ab. Es muß

rechtzeitig der zeitliche Druck von der Ausbildung genommen werden, damit wir diese in Ruhe machen können. Ich werde mich mit allen Mitteln darum bemühen, diese an sich sinnlose Frist außer Kraft zu setzen.

Ein wichtiges Problem stellt sich dabei durch die Tatsache, daß es den wenigsten Vereinen gelungen ist festzustellen, wieviele Pth. i. A. überhaupt unter diese Regelung fallen. Daher ist es eine der nächsten Aufgaben, konkrete Zahlen zu erstellen, um diese dann an geeigneter Stelle entsprechend zu Gehör zu bringen und über die Tragweite der Zeitbeschränkung zu informieren.

Die Generalversammlung des ÖBVP hat dem Budgetentwurf der Länder zugestimmt. Dieser wurde als gemeinsamer Antrag den Vorschlägen des bisherigen ÖBVP Kassiers gegenübergestellt. Uns war deutlich bewußt, daß gerade die Organisation in den Ländern mehr, auch finanzielle Unterstützung braucht, da die Aufbauarbeit v. a. auf politischer Ebene erst begonnen hat. Beispielsweise könnte die neue Krankenanstaltengesetznovelle auch für Pth. i. A. deutliche Erleichterungen in der Ausbildung bringen, wenn unsere Vorstellungen umgesetzt werden. Es ist gelungen, eine Erhöhung des Mitgliedsbeitrages für Pth. i. A. zu verhindern. Die bisher einmalig und zusätzlich zu zahlende Aufnahmegebühr wurde für Pth. i. A. gestrichen, um den stark ansteigenden Ausbildungskosten Rechnung zu tragen.

Ich hoffe, daß dies ein weiterer Anreiz für die Kolleginnen und Kollegen ist, auch schon während der Ausbildung dem Berufsverband beizutreten. Gerade die letzten Monate haben gezeigt, daß eine konsequente Interessenvertretung notwendig ist.

Dr. Wolfgang Wladika

GLEICH - GLEICHER - AM GLEICHSTEN

Psychotherapie und Gesundheitspolitik

Seit 1991 ist die Psychotherapie als Heilverfahren per Gesetz den anderen Heilverfahren - etwa den medizinischen - gleichgestellt. Aber von einer gesundheitspolitischen Gleichstellung sind wir - trotz ASVG - noch meilenweit entfernt.

Wo stehen wir?

Nach wie vor gibt es bekanntlich keinen Gesamtvertrag mit den Sozialversicherungen, durch den bedürftige

Personen psychotherapeutische Behandlung genauso in Anspruch nehmen könnten, wie es bei anderen Behandlungs- und Heilverfahren selbstverständlich ist. Monatlang wurde zwar ein detailliertes Vertragswerk ausverhandelt, als dann jedoch die Verträge unterschreibbar vorlagen, kamen die Sozialversicherungsfunktionäre plötzlich auf die Idee, sie könnten eine Art en-gros-Geschäft in Sachen Psychotherapie machen: Jeder einzelne vertragswillige

Psychotherapeut soll sich mit seiner Unterschrift quasi dazu verpflichten, daß mit ihm 449 weitere Psychotherapeuten gleichfalls Kassenverträge unterschreiben. Also eine Art sozialstaatliche Sippenhaftung: entweder melden sich 550 Kollegen und Kolleginnen "freiwillig" zum Kassendienst oder die ganze "Sippe" der Psychotherapeuten wandert geschlossen in das Frondienst-Lager der Vertragslosigkeit. Mit ihnen wandern auch die 200 Kollegen und Kolleginnen die sich sofort zur Unterschrift gemeldet haben. Mit der "Psychotherapeuten-Sippe" wandern aber auch tausende PatientInnen und KlientInnen und müssen nach wie vor den lächerlich-kärglichen "Kostenersatz" erdulden. Sie machen sich in den Augen der höchsten Sozialversicherungsfunktionäre offenbar dadurch "mitschuldig", daß sie es vorziehen, sich von ausgebildeten PsychotherapeutInnen psychotherapeutisch behandeln zu lassen.

Der andauernde sogenannte "vertragslose Zustand" hat wenigstens einen sehr nützlichen Effekt: täglich macht er uns deutlich wie weit wir noch von der Gleichstellung der Psychotherapie im öffentlichen Gesundheitswesen entfernt sind. Zugleich lernen wir aber auch, was wir tun müssen, um die öffentliche Anerkennung unserer Gleichwertigkeit zu erlangen, die uns durch "Psychotherapiegesetz", aber auch durch das ASVG in trockenen Gesetzesbuchstaben schon längst zugeschrieben wurde. Wo verlaufen derzeit die Fronten im "Gleichstellungskonflikt-Psychotherapie"?

1. Vor der Psychotherapie sind alle gleich, die Honorare aber gleicher

Bekanntlich refundiert die Wiener Gebietskrankenkasse den PatientInnen oder KlientInnen, die von offiziellen - "eingetragenen" PsychotherapeutInnen behandelt werden einen Teil des Behandlungshonorars. Aber derzeit nur 300.-S excl. MwSt./Behandlungsstunde und das ist meist nur ein Bruchteil des Honorars. Na gut, könnte man sagen: wenigstens sind alle KlientInnen/PatientInnen und ihre PsychotherapeutInnen in der Ungleichheit - verglichen etwa mit einer medizinischen Behandlung - gleich. Aber nein. Die Krankenkasse unterscheidet: wird die Behandlung von einem Psychotherapeuten durchgeführt, der zufällig auch Psychiater ist, werden derzeit ca. 800.-S excl. MwSt. und mehr zurückgezahlt. Also gibt es gleiche Psychotherapie, aber noch viel gleichere - nämlich, die von Psychiatern durchgeführte.

Zur Zeit gibt es beim Bundesverband einige Überlegungen hier aktiv zu werden. Das hat auch der Präsident bei der Generalversammlung berichtet. Aber: welcher Weg soll eingeschlagen werden? Welches rechtliche Verfahren auch immer durchgeführt wird, es wird wahrscheinlich bis zu den Höchstgerichten gehen und kann sich recht lange dahinziehen. Der ÖBVP empfiehlt allen KollegInnen ihre PatientInnen und KlientInnen darauf aufmerksam zu machen, daß sie die gleichhohe Refundierung von der Kasse fordern können, wie sie sie bei einer Psychiater-Psychotherapie

erhalten würden. Wird dies von der Kasse abgelehnt, mögen die Betroffenen die Kasse klagen - sie werden in jedem Fall vom Verband unterstützt. Selbstverständlich muß sich nun jeder von uns verantwortungsvoll überlegen, welchen Patienten dieses Vorgehen psychisch zugemutet werden kann. Aber die finanzielle Zumutung durch die gegenwärtige Situation ist möglicherweise ein Faktor, der die psychische Zumutbarkeit positiv beeinflusst. Hier sind wir aufgerufen, kreative, sensible und individuell anwendbare Vorgehensweisen zu entwickeln und unsere Mitglieder und damit indirekt deren PatientInnen - hilfreich zu beraten.

2. Ist der "Arzt für Psychotherapie" ein Gleicherer?

Vor dem Handelsgericht Wien gab es vor kurzem ein Verfahren, das immerhin gezeigt hat daß Psychotherapeut nicht immer gleich Psychotherapeut ist und die Ausübung der Psychotherapie an entsprechende beruflich-gesetzliche Bestimmungen gebunden ist, auch wenn der Ausübende ein Arzt ist. Verklagt war ein Arzt, auf dessen Türschild der Begriff "Arzt für Psychotherapie" stand.

Eigentlich nichts dagegen einzuwenden, wenn einer Arzt und zugleich - eingetragener - Psychotherapeut ist. So entschied das Gericht, wodurch nun in aller Form unterstrichen wird, daß die Psychotherapie ein von der medizinisch-ärztlichen Behandlung abgrenzbares und neben ihr gleichberechtigtes, wissenschaftliches Heilverfahren darstellt, dessen Eigenständigkeit eben in eigenen einschlägigen Rechtsnormen verankert ist. Auch diese Klarheit öffentlich zu vertreten und mißbräuchlichen Verwendungen des Begriffes "Psychotherapie" und "Psychotherapeut" öffentlich entgegenzutreten, sollten wir im WLP als eine regionale-gesundheitspolitische Verpflichtung in unserem eigensten Interesse ansehen.

3. Aber: Könnte nicht der Arzt mit dem "Psychotherapie"-Diplom der Ärztekammer der Gleichste unter den Gleichen werden?

Die Ärztekammer hat einen Entwurf für ein Zusatzdiplom vorgelegt, das z.B. praktische Ärzte zur psychotherapeutischen Behandlung berechtigen würde. Um dieses Diplom zu erlangen, ist aber eine Zusatzausbildung vorgesehen, die schon alleine von der Dauer und Menge einen Bruchteil des für Psychotherapeuten verpflichtenden Propädeutikums ausmacht. Das für Psychotherapeuten gleichfalls verpflichtende Fachspezifikum gibt es in diesem Entwurf gar nicht, ebenfalls adäquate Selbsterfahrung. Deshalb wurde auch dieser Entwurf von den psychotherapeutischen Fachgutachten zurückgewiesen. Das ist der Stand der Dinge. Wir werden hier aufmerksam beobachten, was hier weiter geschieht. Ein ausgesprochen gesetzwidriger "erster Schritt" ist bereits zwischen Sozialversicherung und Ärztekammer akkordiert worden: Ärzte mit einer Schnellsiede-Ausbildung sollen "beschränkte" psychotherapeutische

Behandlung bei ihren Patienten durchführen können. (Gleichfalls akkordiertes Stundenhonorar: 746.-S excl. MwSt.!) Angesichts solcher Ambitionen müssen wir mit geeigneten Mitteln in der gesundheitspolitischen Öffentlichkeit die Eigenständigkeit, Unabhängigkeit und das Qualitätsniveau unseres Berufes sehr viel stärker vertreten, als bisher.

4. Die Ungleichsten: die mittellosen PatientInnen/KlientInnen

Bei der WLP-Diskussionveranstaltung "Störfaktor Psychotherapie" wurde von manchen KollegInnen kritisiert, daß die Interessen und die Notsituationen unserer PatientInnen bzw. KlientInnen von allen Beteiligten - Sozialversicherungen und PsychotherapeutInnen - nicht ausreichend beachtet werden. Insbesondere die Mittellosen würden nach wie vor ohne ausreichende psychotherapeutische Versorgung allein gelassen. Das stimmt! Herr Dr. Josef Probst, Generaldirektor-Stellvertreter des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger, teilte daher auch in aller Form nämlich vom Podium - herunter mit, daß für solche Fälle durch den "Unterstützungsfond" der Krankenkasse vorgesorgt sei.

Das Staunen unter den KollegInnen war nicht gering. Weiß doch bald jeder aus seiner Arbeit zu berichten, daß sowohl in Wien als auch in Niederösterreich schon seit vielen Monaten alle Unterstützungsanträge zurückgewiesen werden. Aber der Herr Generaldirektor-Stellvertreter müßte es jedenfalls besser wissen als wir.

Vielleicht sind wir und unsere mittellosen KlientInnen/PatientInnen einem Irrtum aufgesessen und die Krankenkasse überbrückt die unbefriedigende psychotherapeutische Versorgungslage in Wien durch großzügige Unterstützung Mittelloser? Wir wollen Herrn Dr. Probst also gerne beim Wort nehmen und die Ungleichsten unter den Ungleichsten - nämlich die mittellosen psychotherapiebedürftigen Menschen in Wien - unsererseits dabei unterstützen, wenn sie gerechtfertigte Unterstützung fordern. Auch hierbei müssen wir die Öffentlichkeit sehr viel mehr informieren - etwa über das gewichtige Wort des Generaldirektor-Stellvertreters.

Dr. Reinhardt Lobe

Ausbildungslehrgang
SUPERVISION

für
soziale, pädagogische und
therapeutische
Berufe

Dauer 5 Semester
Beginn Oktober 94

ARGE Sozialpädagogik
Akademie für Psychoanalyse

Kugelfanggasse 58
1210 Wien
Tel. 271 71 66

Der Lehrgang entspricht den Standards
der österr. Gesellschaft für Supervision

bez. Anzeige

Dr. Richard Picker
Psychotherapeut (Gestalt, Gruppentherapie)
Österr. Gestalt Institut

**GRUNDFRAGEN DER
GRUPPENTHERAPIE
(PHILOSOPHIE/THEORIE/PRAXIS)**

10 Abende
jeweils Montag, 20.00 - 21.30
Kinderspitalgasse 4
1090 Wien

Kosten: insgesamt 2500 - incl. MwSt.
Termin: 7.3 - 6.6.94 (wöchentlich)
Anmeldung: Dr. Richard Picker
Kinderspitalgasse 4, 1090 Wien
Tel. 42 12 38

Die Veranstaltungsreihe gilt als Block und wendet
sich an bereits praktizierende TherapeutInnen
und KandidatInnen in der Abschlußphase.

bez. Anzeige

ZWEI DRITTEL DER WIENER PSYCHOTHERAPEUTINNEN SIND FRAUEN

Strukturdaten aus der Psychotherapeutenliste

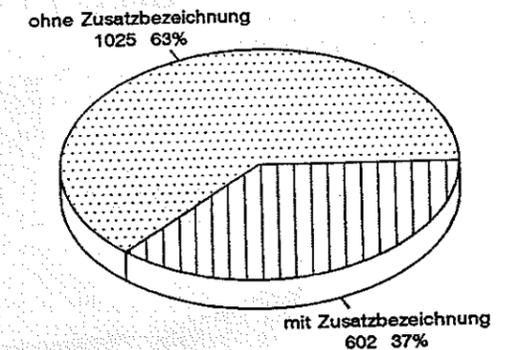
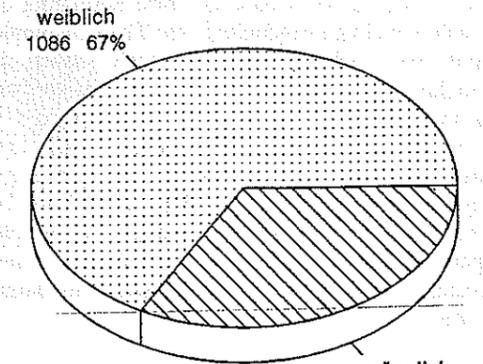
TeilnehmerInnen an der WLP-Veranstaltung "Störfaktor Psychotherapie?" werden sich erinnern: Univ.Do. JANDL-JAGER verknüpfte in ihrem Statement die Dumpingtarif-Angebote des Hauptverbandes bei den Vertragsverhandlungen mit der Tatsache, daß unter den PsychotherapeutInnen die Frauen überwiegen. Dazu nun die genauen Zahlen aus der Auszählung der aktuellen Psychotherapeutenliste für Wien: Zwei Drittel der Wiener PsychotherapeutInnen sind Frauen.

Weitere Strukturdaten aus dieser Auszählung zu Ihrer Information über die Struktur unserer Berufsgruppe in Wien:

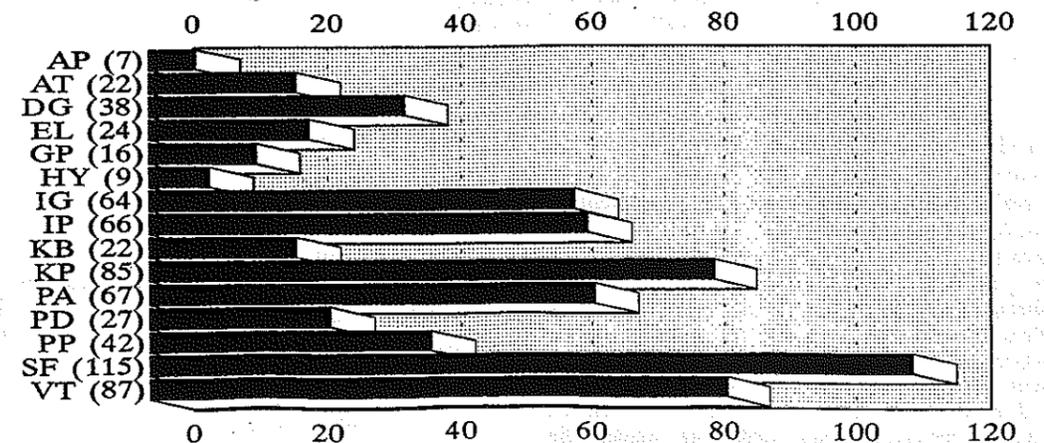
Etwas mehr als ein Drittel der Wiener PsychotherapeutInnen ist derzeit mit **Zusatzbezeichnung(en)** eingetragen (siehe Grafiken), hat also bei der Eintragung ein oder mehrere Abschlußzertifikate der bis Ende 1993 vorläufig anerkannten psychotherapeutischen Ausbildungsvereine vorgelegt. Da inzwischen auch die ÖAGP (Gestalttheoretische Psychotherapie) und die ÖAS (Familientherapie) anerkannt wurden, werden demnächst auch deren AbsolventInnen ihre Zusatzbezeichnungen eingetragen bekommen; weiters ist damit zu rechnen, daß auch eine gewisse Anzahl der anderen eingetragenen PsychotherapeutInnen in nächster Zeit Abschlußzertifikate vorlegen wird.

Dr. Gerhard Stemberger
WLP-Vorsitzender

Eingetragene PsychotherapeutInnen
in Wien (Stand: 1.1.1994)



Verteilung der Zusatzbezeichnungen (unter den 602 Pth mit Zusatzbez.)



WLP-STUDIE

zur Situation der Psychotherapie in Wien

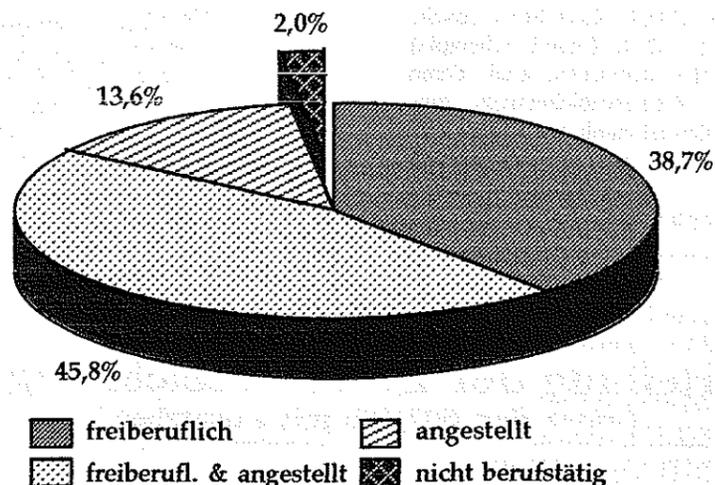
2. TEIL DER ERGEBNISZUSAMMENFASSUNG

Wieviel arbeiten die Wiener PsychotherapeutInnen?

Im zweiten Teil des zusammenfassenden Kurzberichts über die im Herbst 1993 durchgeführte Befragung des WLP stelle ich einige Ergebnisse zum Themenkomplex Tätigkeit dar. Ich beschränke mich dabei im wesentlichen auf die Präsentation von Grafiken und Zahlen und versuche mit Interpretationen sparsam zu sein. Einfach deshalb, weil dieser Fragenkreis wesentlich "heißer" ist, als das Thema des vorigen Beitrages (die Erwartungen an den WLP) und jede Interpretation den Rahmen unserer Nachrichten sprengen würde. Genauere Analysen können InteressentInnen dann in der vorgesehenen Publikation nachlesen.

Die Berufsgruppe der PsychotherapeutInnen ist sehr inhomogen, keineswegs als einheitliche Gruppierung anzusehen. Damit ist gemeint, daß sich die Angehörigen unseres Standes in einigen Kriterien wesentlich voneinander unterscheiden. Beim Thema Tätigkeit drückt sich dies zunächst etwa darin aus, daß - wie jede(r) von uns weiß - zumindest zwei Gruppierungen zu beachten sind: die rein freiberuflich Tätigen und jene, die (auch) angestellt sind. In der Stichprobe unserer WLP-Studie sieht die genaue Verteilung folgendermaßen aus:

Grafik 1: Beschäftigungsart



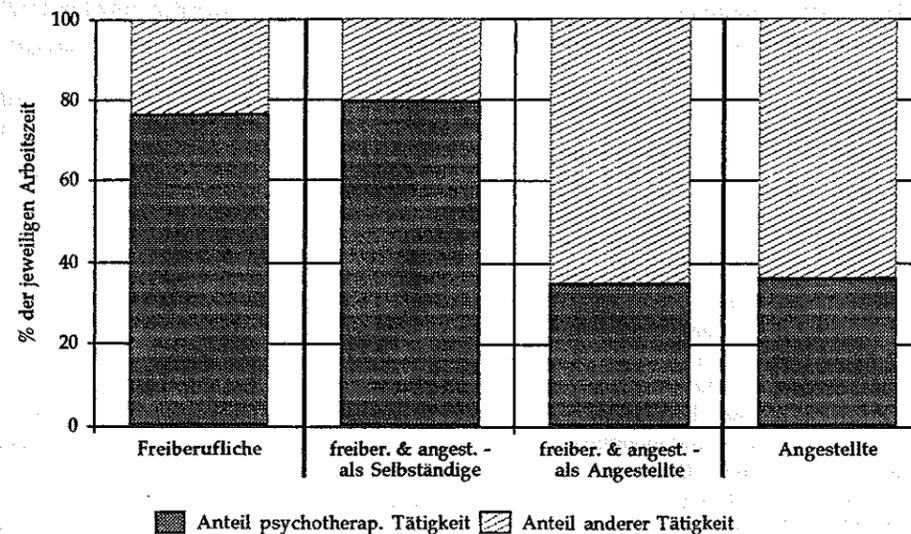
Etwas mehr als ein Drittel der BeantworterInnen ist ausschließlich freiberuflich tätig, fast die Hälfte hat neben einer Anstellung noch eine eigene Praxis, ein relativ geringer Anteil (13,6%) arbeitet ausschließlich in einem Anstellungsverhältnis.

Bei diesen Daten ist zu berücksichtigen, daß sie nicht ohne weiteres als Verteilung der gesamten Wiener PsychotherapeutInnen angesehen werden können. Wie in der Publikation der Studie genauer ausgeführt wird, geben die Befragungsergebnisse zwar in den überprüfaren Punkten ein sehr gutes Abbild der Grundgesamtheit wieder, trotzdem werden aber diese Anteile in der Gesamtheit wahrscheinlich etwas anders aussehen. Wenig Bedeutung werden die eventuellen Differenzen allerdings bei den nachfolgenden Ergebnissen haben, da es um die Darstellung

charakteristischer Merkmale der einzelnen Gruppierungen und Unterschiede zwischen ihnen geht.

Diese Unterschiede in der Beschäftigungsart sind insofern bedeutsam, als sie Unterschiede im Ausmaß der Arbeit mit Patienten machen bzw. nach sich ziehen. Die Selbständigen, die auch freiberuflich tätigen Angestellten und die ausschließlich Angestellten haben eine je unterschiedliche "Chance", psychotherapeutisch zu arbeiten. In der folgenden Grafik (2) ist dargestellt, wie hoch die Anteile der Arbeit mit Patienten an der jeweiligen Gesamtarbeitszeit ist:

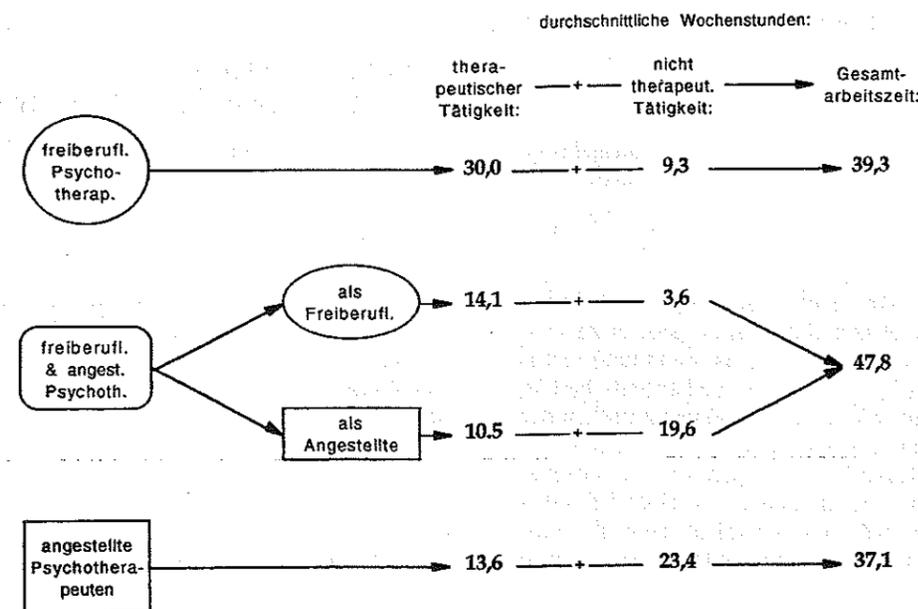
Grafik 2: Anteil psychotherap. Tätigkeit an der jeweiligen Gesamtarbeitszeit: Ein Vergleich von drei Beschäftigungsarten



Zunächst fällt auf, daß man dieser Grafik zufolge im allgemeinen selten auf KollegInnen stoßen wird, die ausschließlich psychotherapeutisch arbeiten. Beträgt bei den Freiberuflichen der Anteil dieser Tätigkeit an der jeweiligen Gesamtarbeitszeit um 80%, so "verhalten" sich, die anderen Gruppierungen wesentlich anders. Die beiden mittleren Blöcke differenzieren dabei nach der Tätigkeitsaufteilung von auch freiberuflich tätigen Angestellten und zeigen, daß man in einer Angestelltenfunktion offensichtlich ungleich weniger Gelegenheit hat, psychotherapeutisch zu arbeiten. Dieser Behauptung entspricht auch die Aufteilung der Arbeitszeit von ausschließlich angestellten PsychotherapeutInnen.

Bei dieser Darstellung ist zweierlei zu berücksichtigen: Erstens - und das ist ein mehr technischer Hinweis - wurden die hier verrechneten Psychotherapiestunden mit dem Faktor 1,67 gewichtet (multipliziert), um therapeutische und nicht-therapeutische Arbeitszeiten miteinander vergleichen zu können. (Damit wird der Situation in einer freien Praxis Rechnung getragen, in der die Arbeitszeit nicht allein aus der Summe der "Netto-Therapiestunden" besteht.) Zweitens sagt diese Darstellung noch nichts über das Ausmaß der geleisteten Arbeitsstunden bzw. die rein zeitmäßige Beanspruchung. Das geht aus der nachfolgenden Aufstellung (Grafik 3) hervor, in der die Eigeneinschätzung der (706) BeantworterInnen ihrer wöchentlichen Arbeitszeit zusammengefaßt wurde:

Grafik 3: Die therapeutische und nicht-therapeutische Arbeitszeit der drei Beschäftigtenarten:



Der Unterschied in dem Ausmaß der Beanspruchung ist deutlich: Wer neben einer Anstellung auch noch eine Praxis hat, kommt durchschnittlich auf 47,8 Stunden; dabei kommen auf die Tätigkeit als Selbständige(r) 17,7 Stunden. Damit arbeitet diese Gruppe durchschnittlich um 10 Wochenstunden mehr als jemand, der nur angestellt ist.

Bei diesen Angaben handelt es sich natürlich um Durchschnitte und die Verteilungen der drei Berufsarten weisen große Streuungen auf. D.h. es gibt etliche, die auf eine wesentlich geringere Stundenanzahl kommen und viele, die sich einer erheblich größeren Belastung aussetzen.

Aber dennoch verstärkt auch diese Aufstellung den Eindruck, daß keineswegs für viele von uns die rein psychotherapeutische Tätigkeit den gesamten Arbeitsalltag ausfüllt oder ausfüllen kann. Dieser Schluß läßt sich aus der folgenden Berechnung ziehen: Von allen Befragten sind (eigener Einschätzung zufolge):

- 21% bis zu 12 Stunden/Woche therapeutisch tätig,
- 45% arbeiten 12 - 32 Stunden/Woche therapeutisch,
- 27% arbeiten 33 und mehr Stunden/Woche therapeutisch.

Die auf 100 fehlenden 7% sind zur Zeit nicht als PsychotherapeutInnen berufstätig. - Diese Einteilung orientiert sich an der üblichen Kategorisierung, derzufolge unter 12 Wochenstunden eine geringfügige Beschäftigung vorliegt, bis zu 32 Stunden gilt man als Teilzeitbeschäftigte(r), ab einem Ausmaß von 33 Stunden als Vollbeschäftigte(r).

Diesen Angaben zufolge können nur relativ wenige als vollbeschäftigte PsychotherapeutInnen (oder als mit psychotherapeutischer Tätigkeit Vollbeschäftigte) angesehen werden.

Eine Ursache dafür ist sicherlich zu einem Teil mit der neuen Gesetzeslage erklärbar, die viele ermutigt hat, diesen Beruf auch aufzunehmen. Daher dürften

etliche erst am Beginn einer Berufslaufbahn als PsychotherapeutIn stehen. Diese Annahme findet eine gewisse Unterstützung in der Tatsache, daß die durchschnittliche Praxisdauer 8,7 Jahre beträgt.

Da die bisherigen Daten zwar ein Bild der Tätigkeitsarten ergeben, damit aber noch nichts über die tatsächlichen gehaltenen Psychotherapiestunden gesagt werden kann, ist zur Beantwortung dieser Frage ein Wechsel der Perspektive erforderlich:

Vergleicht man die einzelnen Gruppierungen hinsichtlich der Anzahl der von ihnen geleisteten Therapiestunden, so ergibt sich bei den ausschließlich freiberuflich Tätigen ein Durchschnitt von 18 Wochenstunden, die angestellt und zugleich freiberuflich Tätigen kommen in ihrer (Einzel- oder Gruppen-)Praxis durchschnittlich auf 8,5 Stunden.

Und wieviele Stunden werden von den Befragten in Institutionen geleistet? Von jenen, die ausschließlich angestellt sind, wöchentlich 13,6 Stunden, von denen, die auch noch eine Praxis haben, therapieren in ihrer Angestelltenfunktion 10,6 Stunden.

Bezieht man sich auf die Gesamtheit der Psychotherapiestunden, die von allen BeantworterInnen angegeben werden, so läßt sich errechnen, daß 62% aller Therapiestunden in der freien Praxis geleistet werden und 38% im Rahmen von Institutionen abgehalten werden. Diesen Befunden zufolge liegt also die Hauptlast bei den Freiberuflern.

Eine der Fragen, die sich im Anschluß daran stellt ist: entsprechen diese Arbeitszeiten bzw. die geleisteten Therapiestunden den Vorstellungen der Wiener PsychotherapeutInnen, sind damit die Kapazitäten erschöpft bzw. die PsychotherapeutInnen ausgelastet? Wird so wenig angeboten, weil die Belastungsgrenzen erreicht sind, oder sind die Praxen der Wiener PsychotherapeutInnen zu wenig ausgelastet?

Auf die Frage nach ihrer Auslastung in der eigenen Praxis geben die Befragten folgendes an:

Tab.1: Die Beurteilung der eigenen Auslastung:

	freibe- ruflich	freiber. & angestellt	Gesamt:	Anzahl
ausgelastet	53,00	41,00	47,00	256
nicht ausgelastet	47,00	59,00	53,00	295
	100,00	100,00	100,00	551

Daß mehr als die Hälfte der BeantworterInnen angeben, in ihrer Praxis nicht voll ausgelastet zu sein, wird zu einem Teil mit den (bereits erwähnten) vielen "Neustartern" zu begründen sein, andererseits besteht offensichtlich eine erhebliche Diskrepanz zwischen der gegebenen Auslastung und dem oftmals artikulierten ungedeckten Bedarf an psychotherapeutischer Versorgung. Für dieses krasse Auseinanderklaffen zwischen realer und gesellschaftlich sinnvoll bzw. erforderlicher Inanspruchnahme gibt es eine ganze

Reihe von Gründen, die an dieser Stelle nicht aufgezählt werden können. Natürlich wird die Finanzierbarkeit der Psychotherapie für potentielle Klientinnen in Anbetracht der Wirtschaftslage eine immer wichtigere Rolle spielen. Ob in diesem Zusammenhang der Kassenvertrag eine Bedeutung hat, wird ein Thema meines nächsten Beitrages sein.

Dr. Gertrude Wille-Römer
1. Stv. Vorsitzende des WLP

INFORMATIONENSTELLE FÜR PSYCHOTHERAPIE

Ein voller Erfolg nach drei Monaten Beobachtung

Wie Sie wissen, hat der Wiener Landesverband für Psychotherapie im Laufe des September des vergangenen Jahres vom Bundesverband die Aufgabe übernommen, die vorgesehene Informationsstelle für Psychotherapie in Wien einzurichten und damit die inhaltliche und organisatorische Verantwortung sowie die Finanzierung zu übernehmen.

Es war ein dreimonatiger Beobachtungszeitraum geplant, der zeigen sollte, ob diese Informationsstelle bei der Wiener Bevölkerung angenommen und inwieweit ein tatsächlicher Bedarf an Information besteht. Außerdem war es wichtig zu beobachten, in welchem Ausmaß freie Therapiestunden in Wien angeboten werden können. Nun ist dieser Beobachtungszeitraum abgelaufen und es hat sich gezeigt, daß das Interesse der Bevölkerung an Psychotherapie enorm ist und daß sehr viele KollegInnen an der Meldung von freien Therapieplätzen teilnehmen. In konkreten Zahlen bedeutet das folgendes: an die 500 Telefonate wurden

entgegengenommen, ca. 150 persönliche Beratungsgespräche fanden statt und mehr als 300 KollegInnen haben freie Kapazitäten gemeldet.

Die Verantwortlichen der Ausbildungsvereine, die wie bekannt ehrenamtlich mitarbeiten, sind der Auffassung, daß diese Arbeit äußerst sinnvoll ist und großen Spaß macht. Besonders soll auch hervorgehoben werden, daß es durch die Informationsstelle gelungen ist, die Zusammenarbeit der einzelnen Schulen untereinander zu fördern und eine schulübergreifende Diskussion über diverse inhaltliche Fragen die Beratung betreffend zu initiieren.

Müßig zu sagen, daß der Wiener Landesverband für Psychotherapie diese Informationsstelle weiterführen wird. Sie stellt nicht nur eine wichtige Serviceleistung für unsere Mitglieder dar, sondern durch sie ist auch ein wichtiger Schritt in Richtung Öffentlichkeitspräsenz der Psychotherapie gelungen.

Dr.med Hilde Stieglitz

"WEGE ZUM MENSCHEN"

Videoserie und Diskussion zu verschiedenen Psychotherapiemethoden

WLP-Veranstaltungsreihe an der VHS Urania Wien

14.2.94

Am Anfang war die Couch

Video zur Psychoanalyse
mit T.H. BROCHER

Kommentiert von Felix de Mendelssohn

28.2.94

Die Kraft des Guten

Video zur Klienten- bzw.
Personenzentrierten Psychotherapie
("Gesprächspsychotherapie")
mit C.R. ROGERS

Kommentiert von Sylvia Gaul

14.3.94

Leben heißt wachsen

Video zur Gestalttherapie
mit L.S. PERLS

Kommentiert von Renate Krisch

11.4.94

Ich will mich ändern

Video zur Kognitiven Verhaltenstherapie
mit F.H. KANFER

Kommentiert von Ruth Werdigier

25.4.94

Die fünf Freiheiten

Video zur Familientherapie
mit V. SATIR

Kommentiert von Josef Schörghofer

jeweils Montag, 19.00 - 21.00 h

Ort: VHS Urania

Kosten: ÖS 180.-/Gastkarte ÖS 45.-

Gesamtleitung für den WLP:
DSA Ingrid Farag

Die Reihe wird im nächsten Semester fortgesetzt.

Vermiete
sehr schöne, zentral gelegene Praxis

Dr. Andrea Steger
Tel. 31 08 400

STÖRFAKTOR PSYCHOTHERAPIE ?

Podiumsdiskussion, 26. 1. 1994

Am 26. Jänner 1994 fand im Octogon des Hauptgebäudes der Creditanstalt-Bankverein, wohl einem der schönsten Veranstaltungsräume Wiens, eine Podiumsdiskussion zum Thema "Störfaktor Psychotherapie? - Gesellschaftspolitische Implikationen in der Gesundheitspolitik" statt.

Das Podium war prominent besetzt, nämlich von der Universität Wien Doz. Dr. Elisabeth Jandl-Jäger und Prof. Dr. Gernot Sonneck, vom BMfGSK in Vertretung des Bundesministers Dr. Michael Kierein und vom Hauptverband der Sozialversicherungsträger Gen.Dir.Stellv. Dr. Josef Probst. Das Auditorium setzte sich aus ÄrztInnen, PsychotherapeutInnen und sonstigen InteressentInnen an dem Thema zusammen.

Aus Deutschland war ein prominenter Vertreter der Psychotherapie, nämlich Chefarzt Dr. Hans-Joachim Maaz aus Halle/Saale, angereist. Dr. Maaz ist Autor zahlreicher Bücher. Besonders sei sein Buch "Der Gefühlsstau" hervorzuheben, das ein Psychogramm der DDR ist und uns aus psychotherapeutischer Sicht die Situation in der DDR und nach der Wende beleuchtet. Ein Muß für jede/n auch politisch interessierte/n PsychotherapeutIn. Dr. Maaz konnte uns auch wichtige Details aus der Psychotherapiesituation in der Bundesrepublik sowie in der ehemaligen DDR zur Kenntnis bringen. In Deutschland wird ja augenblicklich sehr intensiv an einem Psychotherapiegesetz gearbeitet. Die Schwierigkeiten sind jedoch enorm und außerdem ist ein erbitterter Kampf unter den Vertretern der einzelnen Schulen entbrannt. Das Gesetz wird angeblich nur die beiden Therapieformen Psychoanalyse und Verhaltenstherapie offiziell anerkennen.

Man sieht, in welcher besserer Position wir uns in Österreich befinden und wie positiv die Anerkennung von 12 verschiedenen Psychotherapieausbildungsvereinen in unserem Psychotherapiegesetz zu werten ist.

Diese Veranstaltung, bei der fast alle, die Rang und Namen in der Wiener Psychotherapie haben, erschienen waren (es waren mehr als 300 Personen gekommen), war ein starkes Lebenszeichen des Wiener Landesverbandes für Psychotherapie und der Psychotherapie allgemein in der Öffentlichkeit.

Aus verschiedenen Diskussionsbeiträgen konnten wir den Schluß ziehen, daß der Informationsmangel betreffend die Psychotherapie auch in sogenannten Fachkreisen noch immer sehr hoch ist. Seitens der Ärzte gab es verschiedene Statements, die die Sinnhaftigkeit der Psychotherapie überhaupt in Frage stellten. Seitens der anwesenden PsychotherapeutInnen wurde wiederum die Art der Zusammenarbeit zwischen PsychotherapeutInnen und den Krankenkassen zur Diskussion gestellt.

Die sehr kontroversiell geführte Diskussion zeigte die große Notwendigkeit, die Aufklärungsarbeit über Psychotherapie intensiv fortzusetzen. Nicht minder wichtig wird es sein, die PsychotherapeutInnen auf eine gemeinsame Standespolitik einigen zu können. Einen wichtigen Beitrag zu künftigen Vorgangsweisen für diese Arbeit hat diese Veranstaltung zweifelsohne gebracht.

Dr.med. Hilde Stieglitz

Einladung des WLP und der Wiener Ärztekammer

BODY & SOUL

Samstag, 19.3.1994, 9.00 - 12.30h

2. Hit ???

FÜREINANDER - GEGENEINANDER - MITEINANDER Compliance - von der Krankheitseinsicht zum Arbeitsbündnis

REFERATE:

■ Fr. Dr. Cerwenka, PatientInnenanwältin, Psychiatrie des LKH Klagenfurt
■ Hr. Dr. Bittner, Psychologe und Psychotherapeut, LKH für Psychiatrie und Neurologie, Gugging

■ Hr. OA Dr. Panzenbeck, Psychiater, psychiatrische Abt. des Kaiser Franz Josef Spital
■ Hr. Dr. Untner, praktischer Arzt und Arbeitsmediziner

PODIUMSDISKUSSION und KABARETT zum Thema

ORT: Kleiner Theatersaal
Psychiatrisches Krankenhaus
Baumgartner Höhe 1
1140 Wien

→ eine gesonderte Einladung folgt!

WLP-REGIONALTREFFEN

die nächsten Termine wurden vereinbart für:

Region NO

(1.,2.,3.,20.,21. und 22. Bezirk)

Dienstag, 22.2.1994, 19h30

Café Zartl, 1030, Rasumofskygasse 7

Region SW

(7.,12.,13.,14.,15. und 23. Bezirk)

Mittwoch, 13.4.1994, 19-21h

China-Restaurant Kunlun,

1120, Schönbrunnerstr. 262

Region NW

(8.,9.,16.,17.,18. und 19. Bezirk)

Donnerstag, 24.3.1994, 20-22h

Café Bauernfeld, 1090, Bauernfeldplatz

Gast: Erich Feichtinger

Thema: praxisrelevante Öffentlichkeitsarbeit

Region SO

(4.,5.,6.,10. und 11. Bezirk)

Montag, 21.3.1994, 20h

Café Wortner, 1040, Wiedner Hauptstr. 55

Liebe Mitglieder der Region SO!

Auf der Tagesordnung des nächsten Treffens stehen neben standespolitischen Fragen die Vorbereitung eines Treffens zwischen Psychotherapeuten und praktischen Ärzten aus dieser Region, sowie die Diskussion über die mögliche Wahl eines für die Region SO zuständigen Psychotherapeuten, quasi ein "Bezirkspsychotherapeut", der eng mit den Vorstandmitgliedern des WLP zusammenarbeitet. Ich bitte um zahlreiches Erscheinen!

Liebe Grüße

Dr. Hilde Stieglitz

LESERBRIEF

ÖBVP-Generalversammlung 1994

Mit Neugierde fuhr ich zur Generalversammlung, denn in der Gerichtsküche köchelte so einiges vor sich hin; allerdings hatte ich keine speziellen Erwartungen, wie ich während des Schreibens feststellen mußte.

Für vier Stunden war die GV angesetzt, mit der üblichen Wartezeit von einer halben Stunde konnte sie dann beginnen. Werden wohl alle Anträge, die eingebracht wurden, behandelt? Nun, wie sich herausstellte - nein. Es wurde daher für Oktober eine außerordentliche GV vorgeschlagen.

Das Präsidium hatte offensichtlich aus der letzten GV gelernt und von Beginn an einen Gesprächsleiter bestimmt - Herr Ing. Dolleschka hat die Sitzung mit Ruhe geführt - somit war eine konstruktive Gesprächsbasis vorhanden.

"Heiß" ging es bei der Budgetdebatte zu, Finanzen sind ein Kapitel an dem sich die Gemüter reiben können, vor allem dann, wenn andere Konflikte dahinter stehen. Nun gut, es gab einen Vorschlag der Länderkonferenz,

in welchem der Mitgliedsbeitrag erhöht wurde, und mehr Geld in die Länder geht. Der Vorschlag wurde von der Mehrheit angenommen. Hoffentlich wird auch die Effektivität der Arbeit in den Landesverbänden steigen! Alfred Pritz bedankte sich, daß damit weniger Arbeit auf dem Präsidium laste (und auch Macht).

Die Wahl des Präsidiums war nicht sonderlich spektakulär - es gab zwei Vorschläge, einen mit Heiner Bartuska und einen ohne ihn. Hier wurden wir von verschiedenen Stimmen auf die Bedeutung und die Verdienste von H. Bartuska hingewiesen und es wurde uns eingehend nahegelegt, ihn zu wählen. Ob diese Empfehlung dazu beitrug oder nicht, es wurde die Liste mit H. Bartuska gewählt.

Ob nur Neugierde als Motivation ausreichend sein wird zur nächsten ao. GV zu fahren oder auch tatsächliches Interesse?! Ich werde das nachprüfen - wie auch die weitere Arbeit des Präsidiums und der Landesverbände.

DSA Elisabeth Vlasich

KURZINFOS

■ **ÖBVP-Ball:** Der Ball der PsychotherapeutInnen wurde frühzeitig für März geplant und später durch einen Buko-Beschluß im November 1993 abgesetzt.

■ **EAP:** Die 4. Tagung des EAP = European Association for Psychotherapy findet heuer in London 24.6.- 26.6.1994 statt. Es werden an die 400 Besucher aus ganz Europa erwartet. Nähere Informationen im Sekretariat unter 512 70 912 Frau Grünert und in den nächsten WLP-Nachrichten.

■ **Zeitung:** Die WLP-Nachrichten haben wir letztes Jahr im Jänner gegründet und 1993 acht Zeitungen plus 2 Nummern "Studie" herausgegeben.

Die allererste Nummer bestand noch aus zusammengehefteten A4-Blättern. Inzwischen haben wir sowohl ein tolles Layout als auch einen beachtlichen informativen Grad erreicht.

■ **Arztbedarf:** Diese Firma bietet WLP-Mitgliedern Einkaufsmöglichkeiten bei 120 Firmen entweder zu Großhandelspreisen oder mit Rabatten bis zu 50%. Genaueres in den WLP-Nachrichten 10/1993.

DSA Ingrid Farag
2. Stellv. Vorsitzende

Die nächste Nummer der WLP-Nachrichten erscheint voraussichtlich Ende April 94.

WLP/ÖBVP TERMINE

22.2.94	Regionaltreffen NO	19.3.94	Body & Soul
23.2.94	Ultimo für Einlangen von Anträgen an die WLP-Landesversammlung	21.3.94	Region SO
26.2.94	ÖBVP-Praxisführungs-Seminar	24.3.94	Regionaltreffen NW
28.2.94	VHS-Urania	11.4.94	VHS-Urania
	Psychotherapiemethoden-Reihe	12.4.94	Psychotherapiemethoden-Reihe
5.3.94	3. ordentl. Landesversammlung des WLP	13.4.94	Regionaltreffen NO
5.3.94	EAP-Symposium: Angst in/um/vor Europa	25.4.94	Regionaltreffen SW
14.3.94	VHS-Urania	30.4.94	VHS-Urania
	Psychotherapiemethoden-Reihe	24.-26.6.94	Psychotherapiemethoden-Reihe
			EAP-Arbeitsgruppe "Ethik"
			4. EAP-Kongreß in London

Impressum: Medieninhaber und Herausgeber:
WLP, 1010, Rosenbursenstr. 8/3/7
Tel. 512 70 911 Fax 512 70 914
Redaktion : DSA Ingrid Farag
Lay-out: Maria Uhl
Verlagspostamt: 1010 Wien, P. b. b.
DVR 0738506

An:

DVR: 0738506

DSA Ingrid Farag
Psychotherapeutin
Würthg. 4a
1190 Wien

VORTRAG

Arbeit mit Familien von Holocaust-Überlebenden und Nachkommen von Nazi-Tätern:

EINE PSYCHOSOZIALE PERSPEKTIVE

Univ.Prof. Dan Bar-On, Ph.D.
Ben Gurion Universität,
Beer-Sheeva, Israel

Veranstalter: Universitätsklinik für
Tiefenpsychologie und Psychotherapie

Termin: DO 24.2.1994, 20.00h

Ort: Hörsaal A der Kliniken am
Südgarten
Währingergürtel 18-20
1090 Wien